

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 03/2011

Gestärkt aus der Krise – Persönliche Notizen

Der deutsche Mittelstand als Motor für Wachstum, Wohlstand und Innovation

Diese Überschrift trägt der Antrag der unserer Koalition, der in dieser Woche im Deutschen Bundestag beraten wurde. Der Antrag ist darauf gerichtet, die Rahmenbedingungen für den Mittelstand weiter zu verbessern und vor allem bürokratische Hemmnisse in Deutschland und Europa konsequent abzubauen.

Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP fordern die Bundesregierung auf, im Rahmen der bestehenden Haushaltsmittel entsprechend den Festlegungen im Koalitionsvertrag, sobald wie möglich kleine und mittlere Einkommen stärker zu entlasten, die Gemeindefinanzen wachstumsfreundlich zu reformieren und nach Möglichkeit Elemente zu vermeiden, welche die Substanz von Betrieben besteuern.

Das Wirtschaftswachstum von 3,6 Prozent im letzten Jahr ist ein Signal dafür, dass die deutschen Unternehmen die Weichen richtig gestellt haben. Für 2011 rechnet die Bundesregierung mit einem Wachstum von 2,3 Prozent und rund 320.000 neuen Arbeitsplätzen, die vor allem im Mittelstand entstehen werden. Dessen rund vier Mio Angehörige sind deshalb der Motor für Wachstum, Beschäftigung und Ausbildung in Deutschland.

Ihre Risiko- und Leistungsbereitschaft sichert Wohlstand und Innovation. Damit sich mittelständischer Unternehmergeist entfalten kann, bedarf es richtiger Rahmenbedingungen.

Die Bürger und Unternehmen sind seit Jahresanfang 2009 um jährlich 24 Mrd Euro entlastet worden. Das ist ein kräftiger Konjunkturimpuls. Die zahlreichen Aktivitäten der Bundesregierung zur Stärkung des Mittelstands – wie etwa die Hightech-Strategie 2020, der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs oder die Mittelstandsinitiative des Wirtschaftsministers – sind in diesem Zusammenhang sehr zu begrüßen.

Dennoch sind weitere Entlastungen in dieser Legislaturperiode nötig. So sind kleine und mittlere Unternehmen etwa durch Bürokratiekosten mit bis zu zehn Euro pro Mitarbeiter deutlich stärker belastet als große Unternehmen. Unsere Koalition wird daher bürokratische Hemmnisse in Deutschland und Europa konsequent abbauen.

Es muss geprüft werden, wie für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung der gesamte messbare Erfüllungsaufwand weiter maßgeblich reduziert werden kann – etwa im Planungs- und Baurecht, bei Steuererklärungen oder Nachweispflichten. Zudem muss der Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Normungs- und Standardisierungsprozessen weiter ver-

einfacht werden. Die Koalitionsfraktionen wollen an der Steuerermäßigung für haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerleistungen festhalten und sobald wie möglich Gesetzentwürfe vorlegen, um kleine und mittlere Einkommen stärker entlasten zu können.

Indem vor allem die Bildungs- und Qualifizierungsangebote gestärkt, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert und die Abwanderung inländischer Fachkräfte verhindert werden, wollen wir den Beschäftigungsstandort Deutschland attraktiver gestalten. Außerdem müssen auch ausländische Fachkräfte bedarfsabhängig für den deutschen Arbeitsmarkt gewonnen werden.

Die Empfehlungen des Baseler Ausschusses zur Eigenkapitalausstattung von Finanzinstituten müssen mittelstandsfreundlich umgesetzt werden, um eine Brücke zwischen den höheren Eigenkapital - und Liquiditätsauflagen und einer sicheren Kreditversorgung zu schlagen. Es müssen sowohl bestehende Förderprogramme für mittelständische Unternehmen gestärkt und transparenter gestaltet, als auch die Finanzierungsprogramme der staatlichen KfW-Förderbank und des ERP-Sondervermögens zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft fortgeführt werden.

Dies alles zeigt, dass Mittelstandspolitik ein Markenzeichen der Union war und ist. Das wird auch in der Zukunft so bleiben!

60 Jahre Charta der Heimatvertriebenen

Gut 60 Jahre, nachdem am 5. August 1950 in Stuttgart die "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" verabschiedet wurde, debattierte der Deutsche Bundestag an diesem Donnerstag über dieses Thema.

Die Unionsfraktion hatte den Antrag „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung vollenden“ vorgelegt, der abschließend beraten wurde. Darin fordert die Union, "die Aussöhnung der Deutschen mit sich selbst beim Kapitel Vertreibung zu unterstützen" und "die Versöhnung mit den östlichen Nachbarn voranzubringen".

Außerdem will die Union die Geschichte der Vertreibungen wissenschaftlich dokumentieren und die Aussagen der "immer weniger zur Verfügung stehenden Zeitzeugen" systematisch erfassen. Die Arbeit der Stiftung "Flucht, Vertreibung, Versöhnung" soll zügig vorangebracht werden, damit die geplante Dauerausstellung in einem überschaubaren Zeitraum präsentiert werden kann.

Außerdem muss die Bundesregierung prüfen, ob der 5. August zum "bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Vertreibung" wird. Im Antrag wird die Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950 als "wesentlicher Meilenstein auf dem Weg zur Integration und Aussöhnung" gewürdigt.

Bereits fünf Jahre nach dem Krieg haben die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten "Rache und Vergeltung" ausgeschlossen. Sie haben sich außerdem zur Schaffung eines geeinten Europas verpflichtet zu einer Zeit, als die "Vision Europa" bei den Parteien noch nicht einmal als Ziel ausgegeben worden war.

Der Bundestag bekräftigt seine Anerkennung für den Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau in Deutschland und zum Frieden in Europa. Im Antrag wird auch darauf verwiesen, dass die Vertreibung der Deutschen in einem unauflösbaren Zusammenhang steht mit der außer Frage stehenden deutschen Kriegsschuld.

Mit dem Antrag drückt unsere Fraktion ihre Unterstützung für die 2008 gegründete Stiftung "Flucht, Vertreibung, Versöhnung" aus. Flucht und Vertreibung der Deutschen bilden einen Hauptakzent der Dauerausstellung, denn der Heimatverlust von circa 14 Millionen Deutschen ist auch Mahnmal für alle Vertreibungen der Gegenwart. Es ist wichtig, dass auch die jüngere Generation mit der Geschichte der Vertreibungen vertraut bleibt, um urteilsfähig bleiben oder werden zu können. Die Stiftung muss aber auch das Ziel haben, neben dem Schicksal der Deutschen auch an die Vertreibung von mehr als einer Mio Polen und Hunderttausender Ukrainer aus den ehemaligen polnischen Westgebieten zu erinnern.

Anträge zur Präimplantationsdiagnostik

Der Bundesgerichtshof hat im Juli 2010 entschieden, dass die Durchführung der Präimplantationsdiagnostik (PID) entgegen der bis dahin herrschenden Meinung und Intention des Gesetzgebers unter bestimmten Voraussetzungen zulässig ist. Durch das Urteil ist eine erhebliche Rechtsunsicherheit entstanden. Eine ausdrückliche gesetzliche Regelung zur PID ist deshalb geboten.

Seit dieser Woche liegen drei Anträge zu Gesetzentwürfen vor. Ein Antrag tritt für die Zulassung der PID ein, wenn aufgrund der genetischen Disposition der Eltern oder eines Elternteils für deren Nachkommen eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine schwerwiegende Erbkrankheit besteht oder die PID zur Feststellung einer schwerwiegenden Schädigung des Embryos vorgenommen wird, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Tot- oder Fehlgeburt führen wird.

Ein weiterer Antrag tritt für die Zulassung der PID ein, wenn bei den Eltern oder einem Elternteil eine genetische oder chromosomale Disposition diagnostiziert ist, die nach dem Stand der medizinischen Wissenschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Schädigung des Embryos, Fötus oder Kindes zur Folge hat, die zur Tot- oder Fehlgeburt oder zum Tod im ersten Lebensjahr führen kann.

Ein weiterer Antrag sieht ein umfassendes gesetzliches Verbot der Durchführung der PID an menschlichen Embryonen vor. Die Mitglieder aller Fraktionen sind aufgerufen, Informationsangebote zu nutzen und Flagge zu zeigen. Eine Entscheidung wird bis zur Sommerpause erwartet .

Zitat

«Für jede Woche, die die Betroffenen das Geld nicht bekommen und die Kinder das Bildungspaket nicht in Anspruch nehmen können, trägt die SPD und tragen Bündnis 90/Die Grünen die Verantwortung.»

(Peter Altmaier, Unions-Fraktionsgeschäftsführer und Unterhändler zum Scheitern der Hartz-IV-Verhandlungen)

Persönliche Notizen

1. Sitzungsfreie Woche / Wahlkreis

Am 29. Januar war ich in Lauchheim beim traditionellen „Hüttenfeschtle“ der CDU mit einer spannenden Diskussion und anschließend bei der Hauptversammlung der Jungen Union Ellwangen, die übrigens rund 250 (!!) Mitglieder hat <http://bit.ly/hzIKUu>

Am 30. Januar nahm ich gemeinsam mit unserem Landtagsabgeordneten Bernd Hitzler bei klirrendem Frost und herrlichem Sonnenschein an der Winterwanderung der Brenztaler CDU-Ortsvereine mit vielen Gästen teil. Über 80 Wanderbegeisterte gönnten sich einen Ausklang mit Vorträgen und Diskussion im Gasthaus Moser in Sontheim <http://bit.ly/hDAXrR> Langjährig verdiente Mitglieder wurden geehrt: <http://bit.ly/gVYvfF> Dank allen, die gekommen sind, auch Sontheims Bürgermeister Matthias Kraut gab uns die Ehre. Ich bin von Burgberg aus mitgewandert.

Am 31. Januar hielt ich vor dem Generalstabsnachwuchs einen Vortrag zur aktuellen Außenpolitik unseres Landes.

Höhepunkt der Woche war für mich am 02. Februar die Eröffnung unserer Regionalmesse KONTAKTA. Ich hatte die Ehre, die Messe eröffnen zu dürfen, über 220 Aussteller haben die Leistungsfähigkeit unserer Region bezeugt. <http://bit.ly/eYwmp7> und <http://bit.ly/eX04SW> 2013 findet die Messe wieder in Heidenheim statt.

Am Abend des 2. Februar setzte ich mit unserem Landtagsabgeordneten Winfried Mack die Aktion „Unterwegs fürs Ehrenamt“ in Schrezheim fort: 27 Vereine, über 120 Teilnehmer, ernsthafte Diskussion über die Zukunft des Ehrenamts. Hoher Respekt, prima Ideen und Impulse! Winfried und ich waren von der Resonanz völlig überrascht. <http://bit.ly/ec2WSX> und <http://bit.ly/i6mQvi>

Winfried Mack hatte am 03. Februar ein überfülltes Stadthallenrestaurant in Aalen. Volker Kauder, unser Fraktionsvorsitzender im Bundestag, ist meiner schon im Frühjahr letzten

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

Jahres ausgesprochenen Einladung gefolgt, eine Klasse Wahlkampfunterstützung, Dank allen, die sich den Abend frei gehalten haben! <http://bit.ly/hibACJ> und <http://bit.ly/h7vWTO>

Weiter ging's dann nach Ellwangen, die Garnison lud zum Neujahrsempfang <http://bit.ly/eQ5ogS>; <http://bit.ly/h8ii8a>, hoffentlich folgen noch viele: <http://bit.ly/flLOFV9>

Am letzten Wochenende nahm ich im Auftrag meiner Fraktion an der Münchener Sicherheitskonferenz teil. Auf Drängen der 350 Sicherheitspolitiker aus aller Welt gab es zusätzlich eine aktuelle Stunde zur Lage in Ägypten und Nordafrika, Entwicklungen, die ich mit großer Sorge sehe. Erfreulich war, dass in München zwischen USA und Russland Abrüstungsurkunden bei Atomraketen ausgetauscht wurden („START-Vertrag“) und die Finanzkrise intensiv diskutiert wurde. Neben der Bundeskanzlerin nahmen aus dem Bundeskabinett gleich vier Minister teil: Sicherheitspolitik hat glücklicherweise immer weniger mit Militär zu tun, sondern soziale, energie-, entwicklungs- und finanzpolitische sowie computertechnische Fragen spielen eine viel stärkere Rolle als je zuvor.

2. Bundestag / Rede

Am 10. Februar sprach ich im Bundestag zur möglichen Aufnahme Serbiens in die EU, meine 17. Rede. Bis Serbien alle Beitrittskriterien erfüllt, werden sicher noch sehr viele Jahre vergehen, aber es ist Position der Union, dass alle Staaten des westlichen Balkans der EU beitreten können, sofern sie die Kriterien erfüllen. Sorge machen mir hier mangelnde Rechtsstaatlichkeit, Korruption und die Unterstützung der Organisierten Kriminalität. Fortschritte sind sichtbar, aber bei weitem noch nicht die notwendigen Standards erreicht. Deswegen muss der Beitritt auch dauern! Als nächste Mitglieder werden voraussichtlich 2013 Kroatien und Island der EU beitreten. Wenn Sie hier weiteres Interesse haben, informiere ich Sie gern darüber.

Bei meiner Rede waren zu meiner Überraschung auch Thomas Häfele und Christian Hofmann von der JU Ellwangen auf der Besuchertribüne. Das motiviert. Die Rede kön-

nen Sie unter <http://bit.ly/iktDsR> nachschauen.

Als „ehemalige“ Bürger unseres Wahlkreises haben mich zwei junge Bürgermeister aus dem Nachbarkreis besucht, Matthias Strobel und Michael Dambacher. Wann immer Sie in einer Sitzungswoche in Berlin sind, nehmen Sie Verbindung auf, vielleicht gelingt ein Treffen. Ich freue mich jedenfalls über Besuche.

Ein Nachtrag zur letzten Sitzungswoche, mich haben zwei Gruppen aus unserem Wahlkreis besucht, eine Klasse der Pflegedienstschule am Ostalbklinikum Aalen und eine 11. Klasse der Freien Waldorfschule Heidenheim. Beide Gruppen waren hervorragend vorbereitet, es gab richtig gute Diskussionen.

3. Euro-Schuldenkrise

Die nächsten Monate werden in Sachen Schuldenkrisenbewältigung im Euro-Raum ganz entscheidend sein. Es geht um wesentliche ökonomische Weichenstellungen, die unmittelbare Auswirkung auf den Wohlstand und die weitere wirtschaftliche Entwicklung unseres Volkes haben werden.

Wenn Sie sich richtig Zeit nehmen wollen, empfehle ich Ihnen folgenden Beitrag von Prof. Dr. Sinn vom ifo-Institut:

Video „Europa in der Krise - Präsentation von Hans-Werner Sinn - Münchner Seminar“ vom 14.12.2010.

Bitte wählen Sie das Video aus der Liste auf der rechten Seite durch Scrollen unter <http://bit.ly/f77auF> aus.

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo-Institutes, legt in seinem am 14. Dezember 2010 in München gehaltenen Vortrag auch für Nicht-Ökonomen sehr verständlich und anschaulich Ursachen, Ausprägung und Handlungsalternativen der gegenwärtigen Euro-Schuldenkrise dar. Er bietet eine solide Grundlage für die anstehenden Entscheidungen zur Ordnung der Gemeinschaftswährung, die sicher zu den wichtigsten und weitreichendsten Entscheidungen dieser Legislaturperiode gehören werden.

4. Hartz IV

Leider haben wir durch immer neue Forderungen der Opposition wie auch unserer konsequenten Haltung in dieser Woche keine Einigung erzielt. Wir wollten: 1. den Regelsatz um 5 € anheben, 2. ein 120 Mio € Bildungspaket für benachteiligte Kinder einbringen und 3. waren wir bereit, Mindestlöhne in der Zeit- bzw. Leiharbeit einzuziehen.

Für die Kommunen hätte unser Ansatz bis 2015 12 Mrd € gebracht, weil der Bund den Kommunen Lasten in der Pflege, der Grundversicherung und den Kosten der Unterkunft abgenommen hätte. Die SPD wollte den Regelsatz um 16 € erhöhen und 43.000 Schulsozialarbeiter einstellen (Kosten 2,5 Mrd €) und einen flächendeckenden deutschlandweiten Mindestlohn einführen.

Zusammengefasst, die Opposition wollte mehr Geld in Hartz IV geben, was niedrig bezahlte Arbeit noch unattraktiver gemacht hätte, wir wollten verfassungsfest in Arbeit investieren. Nun wird sich die Einigung weiter verzögern, zulasten der Hartz IV-Empfänger und der Kommunen!

5. PID

Bei PID habe ich mich nach reiflicher Überlegung entschieden. Ich bin für das Verbot der PID. Auch eine Begrenzung würde uns vor das Dilemma stellen, bei welcher Krankheit wir die Embryonen vernichten „dürfen“ und bei welcher nicht. Welches Zeichen geben wir behinderten Menschen unserer Gesellschaft, wenn Menschen mit vergleichbaren Behinderungen gar nicht mehr geboren werden? Wo ziehen wir die Grenze? Ich will keinen Dambruch. Außerdem bleibt immer eine Restwahrscheinlichkeit, dass die PID fehlerhaft war. Das alles wiegt für mich schwerer als die Argumente dafür. Aber, ich gestehe, eine reine Gewissensentscheidung. Ich akzeptiere deshalb auch jede andere Entscheidung meiner Kollegen.

Viel Diskussionsstoff, ich freue mich auf die nächsten Veranstaltungen, mein Schwerpunkt liegt bis zum 27. März auf der Unterstützung unserer drei Landtagskandidaten

Bernd Hitzler, Winfried Mack und Stefan Scheffold. Gleich heute am Freitag werde ich abends in Gerstetten und in Rainau-Buch sein.

Herzliche Grüße

Ihr und Euer Roderich Kiesewetter